



Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

Freiwilligen Lieferverzicht als Kriseninstrument in der EU verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest: Auf EU-Ebene verhandeln derzeit Parlament, Rat und Kommission in einem Trilog über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Das Europäische Parlament hatte dafür am 23. Oktober 2020 seine Position zur Reform der Gemeinsamen Marktorganisation innerhalb der GAP beschlossen. Diese enthält einen Vorschlag für einen freiwilligen Lieferverzicht für Zeiten schwerer Marktkrisen. Dies würde es ermöglichen, bei sich anbahnendem, starken Preisverfall den Milcherzeugern, die auf freiwilliger oder allgemeinverbindlicher Basis für einen bestimmten Zeitraum ihre Milcherzeugung um wenige Prozente gegenüber dem Vorjahreszeitraum senken, eine Kompensation zu zahlen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Vorschlag des Europäischen Parlamentes zur Einführung eines Kriseninstrumentes in die Gemeinsame Marktorganisation in Form eines freiwilligen Lieferverzichts zu unterstützen und sich beim Bund und der EU für die Schaffung eines solchen Instrumentes zur temporären Marktregulierung in Krisenzeiten einzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, auf Bundes- und EU-Ebene auf eine Anwendung des § 148 der Gemeinsamen Marktordnung hinzuwirken, um den milcherzeugenden Betrieben Verlässlichkeit hinsichtlich der Milchvermarktung zu bieten.

Begründung:

Krisenbedingter Preisverfall ist existenzgefährdend für Betriebe und führt zu Strukturbrüchen. Landwirtinnen und Landwirte brauchen auskömmliche Erzeugerpreise, die auch die Kosten für eine umwelt- und tierschutzgerechte

Erzeugung widerspiegeln. Mit dem Instrument des freiwilligen Lieferverzichts gibt es bereits positive Erfahrungen im Milchsektor (2016/2017). Eine gesetzliche Verankerung des Instrumentes in der Gemeinsamen Marktordnung wäre ein wichtiger Schritt zur Marktstabilisierung und für mehr Planungssicherheit in der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Heiner Rickers
und Fraktion

Joschka Knuth
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion